

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

spd II/40

Hannover, 20. Mai  
Tel. 2 09 51/52

Empfänger: ...  
21. MAI 1947  
Wagt an: ...

## Verlagertes Schwergewicht

P.R. Die letzten Tage haben eine Reihe erfreulich klarer Entscheidungen in der Frage der deutschen Gesundung gebracht: die Bestimmung über die straffere Organisation der zonalen Ämter in einem neuen Wirtschaftsrat, seine Ausstattung mit wirksameren Vollmachten und die Forcierung der Lebensmittelsendungen in den nächsten Monaten. Gleichzeitig hat ein massgebender Beamter der amerikanischen Militärregierung scharf und unzweideutig vor weiteren Streiks und der damit verbundenen Gefahr einer wachsenden Uninteressiertheit in der amerikanischen Öffentlichkeit an der Unterstützung Deutschlands gewarnt.

Aus der Sowjetunion ist der erwartete Einwand erhoben worden, die Entscheidung, mit den umgebauten und mit erhöhter Autorität versehenen Zweizonenämtern nach Frankfurt am Main zu gehen, nehme eine Aufteilung Deutschlands vorweg. Wenn das stimmte, müssten auch von allen deutschen Stellen in den Westzonen, denen die deutsche Einheit als unerlässliche Voraussetzung für eine gesicherte deutsche Existenz erscheint, entschiedener Widerspruch erhoben werden. Aber es ist sicher, dass der Weg nach Frankfurt nur der Ausweg aus einer gegenwärtigen Notlage sein soll, die zuletzt durch den Fehlschlag von Moskau entstand. Er deutet nicht die Richtung einer dauernden Kursfestlegung an, er stellt keine einseitige und endgültige Option für den Westen (und damit gegen den Osten) dar, eine unabänderliche politische Entscheidung ist damit keineswegs getroffen, Sie soll erst im November in London fallen, und wir erwarten, dass sie ein ungeteiltes Deutschland nicht nur ermöglicht, sondern konstituiert.

Falsch wäre es allerdings zu glauben, dass mit den neuesten Beschlüssen die internen Schwierigkeiten zwischen Amerikanern und

Engländern gänzlich behoben seien. Auf einige davon wies dieser Tage der "Daily Telegraph" in einem Bericht aus Washington hin. Da ist einmal die Frage der Kontrolle der deutschen Produktion. Die Amerikaner wollen diese Produktion selbst weitergehend in deutsche Hände legen als die Engländer. Dann gibt es die Frage der notwendigen Unterstützung Deutschlands durch Rohstoff- und andere Kredite und die einer künftigen Sozialisierung der deutschen Wirtschaft, die die Amerikaner von einer deutschen Volksabstimmung abhängig machen wollen.

Zunächst ist jedenfalls eine gewisse Intensivierung der Zweizonenpolitik, die sehr bald zu einer Dreizonenpolitik werden könnte, unverkennbar. Dadurch tritt zwar auf den ersten Blick auch eine verstärkte, hoffentlich zeitbedingte, Abkehr von der Potsdamer Planung einer Vierzonengemeinschaft ein. Man kann aber der Meinung sein, dass auf weite Sicht gesehen, die Verlagerung des Schwergewichtes der wirtschaftlichen Leistung nach dem Westen auch für die Russen einen erhöhten Anreiz darstellen würde, aus der gesteigerten Leistungskraft dieses produktionstechnisch ganz besonders wichtigen Teiles Europas Nutzen zu ziehen. Das würde dann freilich nicht mehr einseitig auf Kosten der Westmächte vor sich gehen, wie es der Fall gewesen wäre, wenn man sich in Moskau auf der Grundlage der russischen Reparationsforderungen geeinigt hätte. Der gesteigerte deutsche Beitrag mit der erhöhten Möglichkeit, von ihm international zu profitieren, wäre eine echte Reparationsleistung wie sie, mit gutem Recht, von allen Alliierten erwartet wird. Sie würde zugleich der deutschen Wirtschaft die Chance geben, ihre Möglichkeiten und Kräfte zum Nutzen des eigenen Volkes zu entfalten.

#### Neuer Fünfjahresplan der Labour Party

Die Labour Party sieht trotz aller augenblicklichen Schwierigkeiten so zuversichtlich in die Zukunft, dass sie jetzt bereits ihren Feldzug für die nächsten Wahlen, die im Jahre 1950 stattfinden werden, vorbereitet. Man ist überzeugt, dass bis dahin England wieder zum Wohlstand zurückgekehrt sein wird und hat deshalb als Motto für die nächsten Wahlen das Wort gewählt "Lasst das Volk seine Freizeit voll genießen!" Von der Forschungsabteilung der Labour Party wird unter der Führung von Michael Young seit Januar dieses Jahres an der Fertigstellung eines neuen "Fünfjahresplanes" gearbeitet, der in zwei Etappen durchgeführt werden soll. Er sieht Massnahmen zur Fortführung der Nationalisierung und zur Beratung der arbeitenden Bevölkerung über die bestmögliche Ausnutzung der Freizeit vor. (m/B10/205/1/j1)

Kommunisten so oder so

Die KP Frankreichs jetzt einmal gegen Planwirtschaft  
Von G. Markscheffel

Der französische Minister für Wirtschaft und Finanzen heisst André Philip. Dieser Mann hat eine sehr schwere Aufgabe. Er muss u. a. den Franzosen begreiflich machen, dass ein hemmungsloser Individualismus auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Wiederaufbaues die Situation der französischen Wirtschaft noch verschlimmern würde. Aus diesem Grunde hat Monsieur Philip den Franzosen schon seit Wochen klar und deutlich gesagt, dass ihr sonst so schätzenswerter Individualismus eine zwar sehr schöne Sache sei, dass er jedoch in Notzeiten, wie sie Frankreich jetzt durchlebt, einer vernünftigen Planung Platz machen müsse.

Herr Philip, der Sozialist ist, stützte sich bis vor wenigen Wochen mit dieser Forderung unter anderem auch auf die kommunistische Partei Frankreichs und die in Frankreich von den Kommunisten geführten Gewerkschaften. Er stützte sich aber ausserdem auch noch auf sehr entscheidende wirtschaftliche Tatsachen.

Im September 1939 hat die französische Regierung - um die kleinen, zum Heer eingezogenen Geschäftleute zu schützen - ein Gesetz erlassen, wonach während der Dauer des Krieges die freie Entwicklung des Einzelhandels unmöglich gemacht wurde. Im Dezember 1945 jedoch wurde dieses Gesetz wieder aufgehoben und seit dieser Zeit erlachte Frankreich eine Welle von Neugründungen kleiner und mittlerer Geschäfte, wie sie wohl selbst die Wirtschaft des bestfundierten Staates nicht aushalten kann. In den ersten fünf Monaten des Jahres 1946 wurden in Frankreich 400 000 neue Geschäfte gegründet. Das ist so enorm, dass die französischen Geschäftleute von heute vor der unangenehmen Tatsache stehen, 50% kleine und mittlere Geschäfte mehr als im Jahre 1939 zu ihrer Berufskategorie zählen zu müssen, während sie im Durchschnitt heute im Vergleich zu 1939 50% weniger Waren zu verkaufen haben. Diese Tatsache ist einer der Hauptgründe für den Schwarzmarkt in Frankreich.

Monsieur Philip hat all dies den Franzosen gesagt; er hat von ihnen gefordert, dass sie sich einer kommerziellen Disziplin unterwerfen und dass sie sich in den Fragen der Verteilung der wenigen vorhandenen Waren von einem hemmungslosen Liberalismus frei machen müssen.

Natürlich gefällt das allen denen, die auf Grund der Kriegsergebnisse in der Lage waren, so viel zu verdienen, dass sie sich ein Geschäft gründen konnten, gar nicht. Sie haben eine Art "levée en masse" organisiert und toben nun im ganzen Land gegen den bösen Sozialisten André Philip, der sogar den "kleinen Geschäftsmann" sozialisieren will.

Besonders interessant ist dabei nun die Haltung der französischen Kommunisten. Sie haben alles vergessen, was in ihrem Parteiprogramm über die Notwendigkeit einer planmässig gelenkten Wirtschaft steht. Sie protestieren nun gemeinsam mit den Budiken-Besitzern gegen den Sozialisten André Philip. Riesen-Demonstrationen werden von ihnen organisiert und wenn man nicht genau wüsste, dass die Kommunisten dies wieder einmal nur tun, weil 1.) ein Sozialist Wirtschaftsminister ist, und weil 2.) "die Opposition um jeden Preis" häufig ein gutes innerpolitisches Manöver zum Stimmenfang ist, müsste man meinen, dass die französischen Kommunisten wieder einmal eine "Linien-schwenkung" vorgenommen haben.

Es ist nicht uninteressant, derartige taktische Manöver der Kommunisten ausserhalb Deutschlands zu beobachten. Man kann auch hier in Deutschland davon lernen, denn je eher man begreift, dass von diesen kommunistischen Neudemokraten jede im Volke entstandene Bewegung als Grundlage für ein parteipolitisches Manöver benutzt wird, umso eher wird man auch verstehen, dass diese angeblich proletarische Partei in keinem Lande der Welt auch nur irgend etwas mit der Verteidigung der wahren Interessen des Proletariats zu tun hat.

### Die Türkei und die USA-Hilfe

Die Türkei ist über den zweiten Weltkrieg relativ gut hinweggekommen. Sie hat den Weltenbrand durchs Scherenfernrohr verfolgt und griff erst ein, als das Weltgericht das rettungslos geschlagene Deutschland bereits auszuzählen begann. Wohl forderte der Schutz der eigenen Grenzen gegen eine mögliche Aggression die Dauer-Mobilisation einer starken Armee und damit hohe finanzielle Opfer. Aber die Türkei blieb am Rande des Geschehens und wurde direkt nicht berührt.

Nach dem Ende der Feindseligkeiten änderte sich das Blatt. Gebietsansprüche der Sowjetunion an der Nordostgrenze der Türkei, die wiederholt erhobene Forderung Moskaus nach Revision des Vertrags von Montreux und die Überlassung eines militärischen Stützpunktes in den Dardanellen, sowie ein intensiver, mit allen propagandistischen Mitteln geführter Nervenkrieg haben während der beiden letzten Jahre das türkische Volk unter schweren Druck gesetzt. Zu dieser psychischen Belastung gesellte sich die Fortdauer einer finanziellen Anspannung von unerträglichem Ausmass, die der Zwang, ständig 600 000 Mann unter den Waffen zu halten, bedingte. Diese gewaltige Streitmacht konnte sich vielleicht ein hochindustrialisierter Staat leisten bei einem Land, wie der Türkei, dessen Bevölkerung sich zu Dreivierteln aus Bauern zusammensetzt, während es insgesamt nur 300 000 industrielle Arbeiter gibt, musste sie zu einer völligen Zerrüttung der ganzen Staatsfinanzen führen. Die Gewährung einer 100 Millionen-Anleihe durch die USA wirkte deshalb wie die Befreiung von einem lästigen Alpdruck. Das türkische Volk atmet wieder frei und lebt in dem Gefühl, nicht mehr allein auf sich gestellt zu sein, sondern in jedem mächtige Freunde hinter sich zu haben.

Wie die 100 Millionen-Anleihe verwendet wird, darüber ist noch keine offizielle Entscheidung getroffen worden. Die USA bestehen aber darauf, dass sie ausschliesslich für militärische Zwecke verwendet wird und die Entsendung von zehn USA Offizieren nach Ankara, die die Verwendung der Gelder überwachen sollen, lässt erkennen, dass die Amerikaner keine Lust verspüren, mit ihren Dollars Projekte zu finanzieren, die im türkischen Budget vorgesehen sind und die mit der finanziellen Lage der Türkei nicht gut in Einklang gebracht werden können. So wird man bei den Amerikanern kaum Geneigtheit für den Bau eines überdimensionalen, luxuriösen Mausoleums für Kemal Atatürk erwarten können, das auf einer Ankara überragenden Höhe errichtet werden soll und für das nicht weniger als acht Millionen Dollar ausgeworfen werden. Auch für die Errichtung eines hypermodernen, riesigen Parlamentsgebäudes, dessen Kostenvoranschlag sich auf 30 Millionen Dollar stellt, werden die Amerikaner kaum zu haben sein und vermutlich werden sie auch am Neubau eines 16-stöckigen Krankenhauses im Wolkenkratzerstil, das im Etat mit 20 Millionen Dollar figuriert, weit weniger interessiert sein als am Ausbau des türkischen Strassennetzes, das insgesamt 33 000 km umfasst, von denen jedoch nur 13 000 km "wetterfest" sind. Für seine Verbesserung sind ganze vier Millionen Dollar im türkischen Budget vorgesehen - eine Summe, die im krassen Gegensatz zu der Notwendigkeit steht, die hohen und unwirtschaftlichen Produktionskosten der landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse durch Ausbau und Verdichtung des Verkehrsverbindungen zu vermindern.

Die Amerikaner dürften umso fester auf ihrem Standpunkt beharren, als die Verwendung der Anleihe für andere als militärische Zwecke beim amerikanischen Volk Widerspruch hervorrufen und damit die Anleihspolitik Truman gefährden könnte - eine Gefahr, auf die man, nach Ansicht politischer Kreise in der Türkei, in Moskau ernsthaft spekuliert. (b/B10/205/L/jü)

### Kontrollierte Ablieferung

Ein Aufruf des Deutschen Gewerkschafts-Bundes (DGB) Bezirk Mitte

Zu Beginn des Jahres prüften Hofbegehungskommissionen unter Mitwirkung der Gewerkschaften die Ablieferungserfüllung der Bauern. Die auf Betreiben des Reichsnährstandes erfolgte Einsetzung von Orts-Ernährungsausschüssen schloss jedoch die Gewerkschaften praktisch von der Kontrolle aus.

Erst als die Ernährungskrise ihren ersten Höhepunkt erreichte, wurden endlich am 28. März 1947 auf Forderung der Arbeitnehmer Kontroll-Ausschüsse eingesetzt. In ihnen sind Erzeuger und Verbraucher (Gewerkschaften) paritätisch vertreten. Diese Ausschüsse wurden mit dem Recht zur Beschlagnahme "schwarzer Waren" ausgestattet.

Die ersten Ergebnisse dieser Kontroll-Ausschuss-Arbeit liegen nun vor. Aus ihnen einige Berichte:

In Leveste blieb ein Bauer als einziger der Gemeinde mit der Ablieferung weit zurück; er zeigte die anderen Bauern, die voll abgeliefert hatten, sogar der Dummheit.

In Kreise Nienburg erwies sich die Liste des Getreidewirtschaftsverbandes über Mühlen, Händler und Genossenschaften als unvollständig; es fehlten 3 Mühlen (mit einem Schwarzbestand von 514 Ztr. Roggen), 2 Bauern und Getreidehändler. Der Getreidewirtschaftsverband besaß keine ausreichende Übersicht über die vorhandenen Bestände. Bei 2 Mühlen waren durch unsachgemäße Lagerung rund 50 Ztr. Weizen für die menschliche Ernährung unbrauchbar geworden.

In Kreise Hameln-Pyrmont wurden Mühlen und Bäckereien überprüft. Die Ergebnisse: unsachgemäße Verteilung des Getreides durch die Kreisbauernschaft; 2 Mühlen (Haverbeck und Grupenhagen), die nur Futtergetreide schroteten dürfen, hatten mehrere Zentner Mehl "schwarz"; von einer Mühle (Pyrmont) wurden seit Wochen 69 Doppelzentner Weizengriess der Kreisbauernschaft zur Abnahme angeboten, ohne dass diese darüber verfügte.

Aus Uelzen berichtet die Kommission: Die zuständige Kreisbauernschaft ist über die Getreidebestände der Mühlen nicht im Bilde (992 Ztr. Roggen in dem einen, 280 Ztr. Roggen in dem anderen Falle waren ihr unbekannt); in vielen Fällen lagerten erhebliche Mengen Mengkorn (durchschnittlich 60% Roggen), offensichtlich zur Fütterung (!) bestimmt; in einer Mühle (Einke) lagerten 700 Ztr. Roggen unsachgemäß, sodass sie in der Tiefe bereits muffig geworden waren; bei einem Bauern in Reinsdorf wurden 200 Ztr. Roggen unausgedroschen in der Scheune gefunden.

In allen aufgedeckten Fällen wurde das Getreide beschlagnahmt und für die Verbraucher sichergestellt. Gleichzeitig wurde seitens der Gewerkschaften bei den zuständigen Stellen die Bestrafung, bzw. Entfernung der Schuldigen aus Ämtern und Betrieben verlangt.

Die aufgeführten Berichte sind nur ein kleiner Ausschnitt aus der Arbeit der Kontroll-Ausschüsse. Täglich laufen weitere gleichartige Berichte ein. Sie zeigen trotz ihrer Unvollständigkeit bereits jetzt mit aller nur möglichen Klarheit und Eindringlichkeit, dass auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft noch sehr viel zu leisten ist. Können wir auch nicht aus eigener Kraft unsere Ernährung sicherstellen, so muss doch unter allen Umständen erreicht werden, widerspenstige Bauern, verantwortungslose Müller und Händler nicht zuletzt auch Dienststellen, die sich ihrer Verantwortung nicht voll bewusst zu sein scheinen, festzustellen und auszuschalten.

Die Gewerkschaften fahren unbeirrt fort in ihrer Arbeit, Missstände in der Ernährungswirtschaft aufzudecken und zu ihrer Beseitigung beizutragen. Sie wenden sich an die breiteste Öffentlichkeit mit der

Bitte um Mitarbeit.

Gibt uns Nachricht, wo Schwarzbestände an Nahrungsmitteln lagern, wo kostbares Ernährungsgut offensichtlich missbraucht wird, wo Verwaltungsstellen in Erfassung oder Verteilung unkorrekt oder unsachgemäss verfahren!

Aber! Gebt nur sachlich einwandfreie, stichhaltige Angaben! Denunziationen, Verleumdungen aller Art schaden der Sache. Darum schickt uns die Zuschriften nur mit vollem Absender. Anonyme Briefe werden nicht bearbeitet.

Schreibt Eure Beobachtungen an den:  
Deutschen Gewerkschaftsbund des Bezirks Mitte, Abt. E.  
Hannover (20a), Rathenauplatz 3.

### Schweizer Lehrer für deutsche Kriegsgefangene

Von der Schweizer Regierung sind neuerdings 150000 Franken für die Erziehung der deutschen Kriegsgefangenen in England bereitgestellt worden. Von dieser Summe werden 125 000 Franken für den Ankauf von Büchern verwendet, die in der Schweiz gedruckt wurden, während der Rest für die Reisekosten von 65 Schweizern nach England und zurück vorgesehben sind, die in den nächsten sechs Monaten Vorlesungen in deutschen Kriegsgefangenenlagern in England halten sollen, und die während ihres Aufenthaltes in England von der englischen Regierung betreut werden. Acht dieser Lektoren haben ihre Arbeit bereits aufgenommen und haben bei den deutschen Kriegsgefangenen grossen Anklang gefunden. Sie treten als Privatpersonen auf und versuchen, der Erziehung der Kriegsgefangenen eine neue Note zu geben. (m/Blo/205/1/ju)

### Bevins "Wachhunde"

Diesen Namen hat man in England den "Arbeits-Attachés" gegeben, die Aussenminister Bevin den diplomatischen Vertretungen Englands beigelegt hat, als er sein Amt übernahm. Ihre Aufgabe ist es, Bevin über die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung in den einzelnen Ländern zu unterrichten und die Britische Arbeiterbewegung in Europa und Amerika zu interpretieren. Bevins "Wachhunde" spielen eine wichtige Rolle in der englischen Aussenpolitik. Sie sind fast ausnahmslos ehemalige Angehörige des Arbeitsministeriums, die sich während des Kriegs, als Bevin das Ministerium leitete, bei der Mobilisierung der englischen Arbeitskräfte besonders bewährt haben. Sie werden von Bevin persönlich ausgesucht und werden deshalb von manchen Abteilungen des Foreign Office etwas scheel angesehen; diese sähen es lieber, wenn die "Arbeits-Attachés" erst durch die diplomatische Mühle gehen würden. Bevin steht jedoch auf dem Standpunkt, dass die genaue Kenntnis der Arbeiterbewegung mindestens ebenso wichtig ist wie diplomatische Erfahrung und so dürfte ihre Zahl schon in Kürze erheblich vergrössert werden. (m/Blo/205/1/ju)

Verantwortlich: i.V. Peter Raunau, Hannover